



Geldgipfel 2016

Homo civilis et oeconomicus.
Vom Fußabdruck zum Handabdruck

21./22. Mai 2016
an der Universität Witten/Herdecke

Dokumentation



Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	3
Vorträge	3
Workshops.....	4
Vorträge im Plenum	6
1. Ulrike Herrmann: Wie der Kapitalismus das Geld verändert hat.....	6
2. Nora Bauer: EPAs – Europas TTIPs. Was Flucht und Vertreibung aus Afrika mit den Wirtschaftsbeziehungen zur EU zu tun haben.....	7
3. Prof. Dr. Dirk Baecker: Die Währungen des Homo digitalis	8
4. Thomas Jorberg: Geld, das nicht gebraucht wird. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen der Nullzinspolitik.....	9
5. Silvia Kreibehle: Divestment. Bedeutung, Beweggründe und Wirkungsweise. Wie Investor*innen durch eine bewusste Vermeidung von Technologien die globale Transformation vorantreiben können.....	10
6. Christian Felber: Geld als öffentliches Gut. Für ein demokratisches Finanzsystem.....	11
7. Prof. Dr. Reinhard Loske: Geldgipfel II: Gibt es Fortschritte auf dem Weg zur sozial-ökologischen Geldwende?	12
Workshops	13
Workshop 1: Plurale Ökonomik. Wie Studierende und Professor*innen Universitäten verändern	13
Workshop 2: Vollgeld. Warum dieses Modell derzeit den Diskurs bestimmt.....	14
Workshop 3: Qualitätsjournalismus. Wie das Internet Journalismus, Wissen, Urteilsfähigkeit und Demokratie verändert.....	15
Workshop 4: Eigentum verpflichtet. Rechts- und Unternehmensformen, die Eigentum verpflichten.....	16
Workshop 5: EPAs. Wie Europas TTIPs afrikanische Länder abhängig machen und unsere Interessen sichern	18
Workshop 6: Divestment. Worauf wir vor Ort wie Einfluss nehmen können	19
Workshop 7 Gemeinwohl-Ökonomie und Gemeinwohl-Bilanz. Wie Unternehmen bilanzieren können, ob sie zukunftsfähig sind.....	20
Workshop 8: Blockchain Technologie. Bitcoins, Ethereum u.a. System, Chancen Risiken und Legitimation einer revolutionären Technologie	21

Einleitung

Mit 440 Teilnehmer*innen und 30 Referent*innen ist auch der zweite Geldgipfel an der Universität Witten/Herdecke mit dem Titel „Homo civilis et oeconomicus. Vom Fußabdruck zum Handabdruck“ auf ein großes Interesse gestoßen.

Wir geben Ihnen hier zunächst einen Überblick über die verschiedenen Vorträge und Workshops. Im Anschluss finden Sie kurze Zusammenfassungen aller Vorträge und Berichte aus den Workshops.

- Alle Redetexte der Plenarvorträge finden Sie unter www.glsbankstiftung.de/besucherinnen/geldgipfel-2016/redetexte.
- Eine Zusammenfassungen der Highlights aus den Workshops finden Sie hier www.glsbankstiftung.de/besucherinnen/geldgipfel-2016/workshoptexte.
- Ergänzend sind alle Vorträge, die Vorstellung von Wirkungsfeldern des Homo civilis et oeconomicus sowie die Zusammenfassungen der Workshops durch Studierende der Universität Witten/Herdecke als Video unter www.glsbankstiftung.de/besucherinnen/geldgipfel-2016/filme-geldgipfel-2016/ abrufbar. Den Vortrag zu den EPAs finden Sie auf Wunsch der Rednerin als Audio.

Vorträge

Ulrike Hermann – Geld ist nicht gleich Kapital

*Was ist der Unterschied von Geld und Kapital? – Die Journalistin **Ulrike Herrmann** (taz) erläuterte in ihrem Vortrag die Grundlagen unseres Geldsystems. Woher kommt unser Geld? Wie unterscheidet sich Geld von dem mit der Industrialisierung entstehenden Kapital? Wie hat sich das Geld im Kapitalismus verändert? Und warum ist unser heutiges Geldsystem so instabil?*

*EPAs – Europas TTIPs – **Nora Bauer**, Journalistin beim Deutschlandfunk, behandelte in ihrem Vortrag die Economic Partnership Agreements (EPAs), Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Ländern Afrikas, der Karibik und des südpazifischen Raumes. Dabei ging sie insbesondere darauf ein, wie diese Handelsabkommen die wirtschaftliche Abhängigkeit der ehemaligen europäischen Kolonien fortschreiben und auf diese Weise zu Ursachen von Armut und Migration werden.*

*Die Währungen des Homo digitalis—Der Soziologe **Prof. Dr. Dirk Baecker** fragte in seinem Vortrag nach den neuen Währungen, die im digitalen Zeitalter soziale Zusammenhänge vermitteln. Wie kommt Vernetzung zustande, welche Medien außer dem klassischen Geld spielen dabei eine Rolle? Und was sind eigentlich die kritischen Seiten der Digitalisierung, wie kann ein menschlicher Umgang mit Big Data und Maschinenrationalität aussehen?*

Geld, das nicht gebraucht wird. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen der Nullzinspolitik – **Thomas Jorberg**, Vorstandssprecher der GLS Bank, ging in seinem Vortrag auf die Folgen der Nullzinspolitik ein, die es zunehmend nicht mehr schafft, das Finanzsystem zu stabilisieren. Er entwickelte dabei die Forderung nach einer Neuorientierung der Gesellschaft durch eine Neuverhandlung der Frage, was wir eigentlich als einen Fortschritt des Wohlstands verstehen wollen.

Divestment. Bedeutung, Beweggründe und Wirkungsweise – **Silvia Kreibiehl** ist Leiterin des UNEP Collaborating Centre for Climate and Sustainable Energy Finance der Frankfurt School. Sie stellte in ihrem Vortrag die neuesten Entwicklungen und wesentlichen Prinzipien des Divestment vor, der De-Investierung von unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten fragwürdigen Kapitalanlagen.

Geld als öffentliches Gut. Für ein demokratisches Finanzsystem – Wie könnte eine demokratischere Gestaltung unseres Finanzsystems funktionieren? Dieser Frage ging **Christian Felber**, Initiator und Entwickler der Gemeinwohlökonomie, nach. Dabei thematisierte er insbesondere die notwendigen Veränderungen der Gestaltung unserer Wirtschaft. Außerdem ging es um einen demokratischeren Verfassungsgebungsprozess.

Geldgipfel II: Gibt es Fortschritte auf dem Weg zur sozial-ökologischen Geldwende? – Der Politiker und Politikwissenschaftler **Prof. Dr. Reinhard Loske** sichtete in seinem Vortrag den Stand der Entwicklung im Bereich der alternativen Geld- und Wirtschaftssysteme. Dabei stellte er die wichtigsten Ideen in diesem Feld vor und ging der Frage nach, ob und wie diese Bewegungen bereits gesellschaftliche Wirksamkeit erzielen können.

Workshops

Workshop 1: Plurale Ökonomik – Im Workshop zum Thema Plurale Ökonomik referierten **Prof. Dr. Dr. Helge Peukert**, **Svenja Flechtner** und **Christoph Gran**. Sie erörterten, wie eine vielseitigere akademische Landschaft in der Ökonomie möglich werden könnte und wie damit der gegenwärtige Mainstream erneuert werden könnte. Außerdem berichtet **Marieke Prusiecki** (Alanus Hochschule), **Hannes Bohne** (Cusanus Hochschule) und **Elena Ball** (Universität Witten/Herdecke) von den pluralen Entwicklungen an ihren Hochschulen-

Workshop 2: Vollgeld – Geldschöpfung durch die Kreditvergabe der Geschäftsbanken ist der Status Quo des Finanzsystems. Die Vollgeldinitiative kritisiert dieses Modell und schlägt vor, die Geldschöpfung an die Zentralbanken zu übertragen. Hierzu referierten **Prof. Dr. Joseph Huber**, **Thomas Jorberg**, **Dr. Julia Köhn** und **Manuel Klein**.

Workshop 3: Qualitätsjournalismus – Wie kann zeitgemäßer, qualitativer Journalismus aussehen und warum ist er wichtig für die Demokratie? Es referierten und diskutierten **David Schraven**, (CORRECT!V) und **Alexej Hock** (Straßengezwitscher) sowie **Dr. Maren Urner** (Perspective Daily).

Workshop 4: Eigentum verpflichtet – Verpflichtet Eigentum, oder kann der Eigentümer tun und lassen, was er will? **Dr. Till Wagner** (GTREU) und **Armin Steuernagel** (Purpose AG) führten in das Konzept des „Treuhand-Eigentums“ ein. **Monika Wirth** (Edith Maryon Stiftung/ Neue Bodeninitiative Basel) berichtete von dem Erfolg der Basler Bodeninitiative, die den Verkauf von Bodeneigentum untersagen und durch ein Erbbaurecht ersetzen will.

Workshop 5: EPAs – Entwicklungshilfe oder kolonialistische Wirtschaftspolitik? **Dr. Boniface Mabanza** (Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika, Heidelberg) und die Journalistin **Nora Bauer** (u.a. Deutschlandradio Kultur) gaben einen Einblick in die Details der Verhandlungen der Freihandelsabkommen zwischen Europa und Afrika.

Workshop 6: Divestment – Was kann Investor*innen veranlassen, Kapital aus unter ethischen Gesichtspunkten und Aspekten der Nachhaltigkeit fragwürdigen Anlagen abzuziehen? Ein Workshop mit Silvia Kreibiehl, Leiterin des UNEP Collaborating Centre for Climate and Sustainable Energy Finance der Frankfurt School.

Workshop 7: Gemeinwohl-Ökonomie und Gemeinwohl-Bilanz – Der Begründer der Gemeinwohl-Ökonomie, **Christian Felber**, erläuterte das Konzept und stellte die von ihm entwickelte Gemeinwohl-Bilanz vor, die den gesellschaftlichen Nutzen von Unternehmen messen soll. **Paul Mackay**, Vorstand am Goetheanum und Verwaltungsratspräsident der Weleda AG, präsentierte ergänzende Ansätze alternativer Unternehmensbilanzierung und trat mit Felber in den Dialog.

Workshop 8: Blockchain Technologie – Was sind Blockchain-Technologie und Bitcoin Währung und wie könnten sie unser Geldsystem verändern? **Jutta Steiner** (Ethereum, Provenance, Ethcore) und **Sanika Hufeland** (Institute for Social Banking, Conscious FinTech Meetups Berlin) führten in die Grundlagen dieser neuen Technologien ein und diskutierten ihre möglichen Auswirkungen.

Vorträge im Plenum

1. Ulrike Herrmann: Wie der Kapitalismus das Geld verändert hat

„Geld gab es immer und Geld ist, was als Geld akzeptiert ist, auch Geld ist sozusagen sozial. Und das bedeutet – was vielleicht ein bisschen beängstigend sein kann: Während wir hier alle über das Geld reden, kann es sein, dass eine neue Geldordnung schon entsteht, die wir aber gerade alle nicht wahrnehmen, die völlig ungeplant ist, die aus den Tiefen der Gesellschaft kommt, ohne dass wir es gerade hier alle bemerken.“

Ulrike Herrmann hielt einen Vortrag zu den Grundlagen unseres Geldsystems. Darin betonte sie, dass Geld und Kapital unterschieden werden müssten. Sie zeigte historisch auf, wie sich das Geld durch den Kapitalismus verändert hat. So ging sie zunächst darauf ein, dass Geld erstmals in der Antike in Mesopotamien entstanden ist. Damals handelte es sich um Schuldscheine, die von Fernhändlern zur Finanzierung von Handelskarawanen

ausgegeben wurden und auch bereits als Währung unter den Händlern zirkulierten. Wie sie erläuterte, entspreche dieses antike Geld im Prinzip bereits dem heutigen Geld, da wir auch heute Kreditgeld verwendeten. Allerdings habe sich mit dem Beginn des Kapitalismus der wirtschaftliche Rahmen des Geldes komplett verändert, da antike Gesellschaften stagnierende Agrargesellschaften waren, der Kapitalismus hingegen durch Wachstum und Veränderung geprägt sei.

Im weiteren Verlauf des Vortrags ging Herrmann auf die Entwicklung des Kapitalismus ein, der das Geldsystem entscheidend prägte. Dieser entstand 1760 in England mit der Industrialisierung der Textilproduktion. Sie argumentierte, dass die hohen Löhne in England und der damit einhergehende Verlust der Konkurrenzfähigkeit beim einzigen Exportgut (Tuch) dazu führten, dass erstmals Technik eingesetzt wurde, um die Produktion zu verbilligen. Dies entspreche einem Muster des Kapitalismus, Technik immer dann einzusetzen, wenn sie sich lohne. Wirtschaftlich gesehen sei damit durch Technik das Wachstum in der Welt gewesen. Kapital sei nun nicht Geld, sondern das Kapital einer Gesellschaft seien die Maschinen und der technische Fortschritt. Geld hingegen sei – gesamtgesellschaftlich betrachtet – nichts, da es ja nur auf einer Kreditbeziehung beruhe. Was der Kapitalismus nun grundlegend geändert habe, sei die Art der Kredite, die gegeben werden. So sei der Investitionskredit entstanden, der dazu diene, Investitionen in die Zukunft zu tätigen, in Form von Maschinen und somit das Wachstum zu finanzieren. Die Zinsen dieses Kredits würden nun erstmals nicht mehr wie in der Antike aus der Substanz, sondern aus dem Wachstum bezahlt. Dies sei solange kein Problem, wie mit den Krediten neues Kapital, also Produktionsanlagen und technische Entwicklungen, finanziert würden, da dann die Geld- und die Warenmenge beide steigen würden.

Das Problem des Kapitalismus verortete Herrmann hingegen darin, dass nun mit Krediten Geld (in Form von Aktien) oder bereits bestehendes Vermögen (in Form von Immobilien) gekauft würden. Da man dann nicht mehr in die Realwirtschaft investiere, verringere sich das reale Wachstum, die Geldmenge stiege weiter, nicht aber die Warenmenge. Dies führe letztlich immer wieder zur Bildung von

Finanzblasen. Um dieses Problem in den Griff zu bekommen zeigte Herrmann zum Ende ihres Vortrages zwei Alternativen auf: Einerseits das Konzept des Vollgeldes, dass darin besteht, den Banken die Geldschöpfung zu entziehen und der Zentralbank zu übertragen. Andererseits die Möglichkeit, die Kreditvergabe der Banken stärker zu regulieren.

2. Nora Bauer: EPAs – Europas TTIPs. Was Flucht und Vertreibung aus Afrika mit den Wirtschaftsbeziehungen zur EU zu tun haben.

„Der volkswirtschaftliche Schaden, den die Korruption im Lande anrichtet, ist harmlos im Vergleich zu den legalen Methoden, mit denen Afrika seiner Reichtümer von uns beraubt wird, während die Entwicklungshilfe genutzt wird, um die Empfängerländer wirtschaftlich zu schwächen. Wenn der Hunger und die Armut in Afrika – und damit die wichtigsten Gründe für die Emigration – beseitigt werden sollen, dann ist es vor allem das Ungleichgewicht in den Handelsbeziehungen, das in den Fokus gerückt werden muss.“

Die Economic Partnership Agreements (EPAs), die gegenwärtig verhandelten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Ländern Afrikas, waren Thema des Vortrags von Nora Bauer. Dabei beschäftigte sie sich mit der Frage, wie eigentlich die Tendenz zur immer größer werdenden Migrationsbewegung aus Afrika nach Europa mit den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und den afrikanischen Wirtschaftsregionen zusammenhänge. Wie sie berichtete, haben die seit vielen Jahren laufenden und zuletzt stockenden Verhandlungen eine Liberalisierung des afrikanischen Marktes durch den Abbau von Zöllen

zum Ziel. Zugleich würden aber durch den bürokratischen Apparat der EU Regularien und Standards in einem Umfang erarbeitet, die es afrikanischen Produzenten aufgrund der strukturellen Ungleichheit der Industrien unmöglich machten, konkurrenzfähig am Markt aufzutreten.

Im weiteren Verlauf ihres Vortrages ging sie am Beispiel Ghanas darauf ein, wie die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds das Land seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit beraubte. Die daraus resultierende Fixierung auf den Export von Rohstoffen als „koloniales Erbe“ verbaute jegliche Aussicht auf die Entwicklung eigener Industrien. Bauer kritisierte, dass die EPAs in ihrer derzeitigen Form dazu führen würden, dass einerseits Rohstoffe und Arbeitsplätze aus Afrika in die EU transferiert würden und zugleich Afrika die industrielle Entwicklung verwehrt würde und die Länder Afrikas in eine neue „koloniale“ Abhängigkeit zur EU gezwungen würden. Sie argumentierte, dass unter dem Vorwand der Entwicklungshilfe eine Politik betrieben werde, die den afrikanischen Kontinent wirtschaftlich schwäche und durch protektionistische Politik und Subventionen der westlichen entwickelten Industrienationen von einem fairen und gleichberechtigten Zugang zum Weltmarkt ausschließe.

3. Prof. Dr. Dirk Baecker: Die Währungen des Homo digitalis

„Wir machen uns berechenbar schlicht und ergreifend durch das, was wir sowieso tun. Maschinen machen nichts anderes, als zu extrapolieren, was wir tatsächlich machen. Und die große Frage ist natürlich, wenn das so ist, wie um Himmels Willen kann man dann einigermaßen Spontanitäts- aber vor allem Souveränitätspotentiale in diesem Zusammenhang von Überwachung, von Begleitung, von Protokollierung, nutzen?“

Professor Dirk Baecker stellte in seinem Vortrag die Frage nach den Währungen des Homo digitalis, des Menschen im digitalen Zeitalter. Dabei beschrieb er Währungen als Medien, die einen sozialen Vermittlungsmechanismus darstellen. So seien Währungen eine Form, mit anderen Mitgliedern der Gesellschaft einen sozialen Zusammenhang zur „Vorbereitung auf die unsicheren Verhältnisse der Zukunft“ zu bilden. In Bezug auf die soziologische Systemtheorie Talcott Parsons' und Niklas Luhmanns beschrieb er dann Währungen als Medien der Vernetzung von Menschen und stellte weitere, neben Geld wirksame Währungen der modernen Gesellschaft vor, unter anderem Macht, Kunst, Recht, Wahrheit und Liebe. Im Anschluss daran warf er die Frage auf, welche diesen Formen der Vernetzung vergleichbaren Währungen sich bereits in der sogenannten nächsten Gesellschaft, dem digitalisierten Computerzeitalter, herausgebildet haben. Hier fand er als „zirkulationsfähige, symbolisierungsfähige, generalisierungsfähige Währungseinheiten, die einen ähnlichen Status der Vernetzung von Handlung und Erleben unter Menschen leisten“ Führung (als Orientierung in Projekten) und Vertrauen (als Transaktionen vermittelnde Reputation) als neue Währungen des Homo digitalis.

Baecker wies auch auf die kritischen Seiten dieser nächsten Gesellschaft hin. So könne die Folge des Handels mit der Währung Reputation sein, dass die netzwerkförmig organisierte Gesellschaft immer stärker die nicht ans Netzwerk angeschlossenen ausschließe. Dies käme einer quasi rassistischen Diskriminierung nahe. Abschließend beschrieb er den Homo digitalis als einen zwischen „Whim and Reason“ verorteten Menschen: Da die digitale Gesellschaft in einem „Überblenden von realen und virtuellen Verhältnissen besteht“, müsse der Mensch in der digitalen Gesellschaft sich ständig zwischen den eigenen „Launen“, der eigenen „Spontanitätsbereitschaft“ sowie der Rationalität der Maschinen orientieren. Man könne damit rechnen, durch Open Data und Big Data Maschinen ständig überwacht zu werden. Als Vorschlag der Orientierung in diesen Verhältnissen empfahl Baecker abschließend, sich bewusst zu werden, „mit welchen Konsequenzen man in welchem Netzwerk unterwegs sei“ und die Maschinen dementsprechend über sein Verhalten in diesen Netzwerken „zu trainieren“.

4. Thomas Jorberg: Geld, das nicht gebraucht wird. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen der Nullzinspolitik

„Der Bürger in uns findet vieles, was wir als Kunde machen, völlig unmöglich. Und insofern müssen wir auch realisieren, nur der Bürger wird es ändern, nicht der Kunde. Der Kunde in uns folgt dem Bürger in uns und nicht umgekehrt. Insofern ist es glaube ich wichtig, dass wir ganz viele pionierhafte Bewegungen haben in fast allen Zweigen der Wirtschaft, wo man zeigen kann, es geht anders. Aber bis der Kunde so handelt, das dauert zu lange. Wir müssen auf den Bürger hören und als Bürger die Entscheidung fällen, wie wir in Zukunft leben wollen.“

Thomas Jorberg entwickelte in seinem Vortrag, ausgehend von einer Betrachtung der Folgen der Nullzinspolitik, eine Kritik des gegenwärtigen Wirtschaftssystems. Für den gegenwärtigen Zustand des Bankensystems konstatiert er, dass viele Institute aus der vergangenen Finanzkrise nicht gelernt hätten und weiterhin dem Selbstverständnis eines unter Ausnutzung aller gesetzlich möglichen Wege gewinnmaximierenden

Wirtschaftsakteurs anhängen. So sei in weiten Kreisen nicht verstanden worden, dass es einen Unterschied gibt zwischen dem was legal und dem, was legitim sei. Die Nullzinspolitik führe zu einem Überangebot an Geld, das nicht mehr bei jenen ankomme, die es in neue Nachfrage umsetzen können, sondern nur dort, wo es nicht gebraucht werde.

In Bezug auf Adam Smith und die Idee der „unsichtbaren Hand des Marktes“ stellte Jorberg fest, dass dieses Konzept der Liberalisierung der Wirtschaft aus dem Kontext einer starken Regulierung der Märkte durch Zünfte und Kirchen geboren sei. Entstanden sei damit ein Wirtschaftssystem, was sich als sehr effizient in der Behebung von Mangel erwiesen habe, aber nicht für den Umgang mit Überangebot gemacht sei. Der Markt sei nun aber in vielen Bereichen von Überfluss beherrscht und man müsse feststellen, dass weiteres Wachstum nicht mehr zu einer weiteren Mehrung des Wohlstandes führen werde.

In diesem Sinne forderte Jorberg anschließend, die Gesellschaft müsse sich vom „Alleingültigkeitsanspruch der Wirtschaft“ emanzipieren, die unsichtbare Hand sichtbar machen und somit selber Verantwortung übernehmen. Dies geschehe durch die Beantwortung der Frage, was zukünftig gesellschaftlich als ein „Fortschritt des Wohlstands“ gelten solle. Damit würde der Weg vom Homo oeconomicus zum Homo civilis et oeconomicus beschritten. Die Kaufentscheidung des Einzelnen sei dafür nicht genug, es müsse vielmehr eine demokratische Entscheidung sein, da der Einzelne nicht als Kunde, sondern nur als Bürger in der Lage sei, die Gesellschaft zu verändern.

5. Silvia Kreibiehl: Divestment. Bedeutung, Beweggründe und Wirkungsweise. Wie Investor*innen durch eine bewusste Vermeidung von Technologien die globale Transformation vorantreiben können

„Und ich glaube schon, dass wir dahin kommen müssen, dass eben auch Investoren und Unternehmen ein Gewissen haben, auch wenn sie momentan denken, dass sie vielleicht primär von dem Risikoprofil und der Rendite getrieben sind.“

Silvia Kreibiehl sprach in ihrem Vortrag über das Divestment, also die Entscheidung von Investoren, sich aus strategischen Gründen von Investitionen zu trennen. Wie sie berichtete, stammt der Begriff aus dem Corporate-Finance-Bereich und bezog sich in erster Linie auf Bestrebungen zur Maximierung des Zugangs zu Finanzierungsquellen und zur

Senkung von Finanzierungskosten. Mehr und mehr würden strategische Beendigungen von Investitionen aber auch aus Gründen ethischer Bedenken der Unternehmen oder ihrer Aktionäre getätigt, beispielsweise Investitionen in Waffen und Kohleabbau. Das Paris-Agreement von 2015 zum weltweiten Klimaschutz habe unter anderem auch das Divestment von klimaschädlichen Technologien zum Ziel. Hierbei gehe es nicht alleine um eine Beendigung von Investitionen in Kohleabbau und Kohleverstromung, sondern auch um eine Umlenkung dieser Finanzströme in die Erneuerbaren Energien.

Im weiteren Verlauf erläuterte Kreibiehl am Beispiel der großen Energieproduzenten EON und RWE, welche Folgen Divestmententscheidungen für die betroffenen Konzerne haben und welche Risiken bei der Entscheidung für den Ausstieg für kleine und große Anleger relevant seien. So seien bei Kleinanlegern in erster Linie ideelle Gründe wichtig, wohingegen für Großanleger in der Regel finanzielle Risiken und Reputationsrisiken ausschlaggebend seien.

Anschließend ging Kreibiehl auf einige moderatere Alternativen zum radikalen Investitionsausstieg per Divestment ein. Hier seien vor allem Benchmarks, Best-in-Class-Ansätze und Shareholder Activism interessant, um Unternehmen in einer positiven Weise zu beeinflussen und eine Richtungsänderung im Unternehmen zu erreichen. Abschließend konstatierte Kreibiehl, dass eine wirkliche Umlenkung von Finanzströmen aus konventionellen in erneuerbare Energien noch nicht festzustellen sei. Wichtig sei daher vor allem die Schaffung von sehr stabilen gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Erneuerbaren Energien. Auch die Divestments von Privatanlegern dürften nicht unterschätzt werden, da Veränderungen ihren Anfang oft im Kleinen nähmen. Hier sei vor allem die Nachfrage nach ökologisch nachhaltigen Produkten ein wichtiger Faktor, um auch große Unternehmen zu einer Transformation zu bewegen.

6. Christian Felber: Geld als öffentliches Gut. Für ein demokratisches Finanzsystem

„Wer ist die souveräne Instanz in einer Demokratie? Das sind die Bürgerinnen und Bürger, die die Energie haben sollten, das wissen wir doch irgendwie, oder? Aber haben sie das schon mal gefühlt? Haben sie schon einmal gefühlt, dass sie über allem stehen in dieser Demokratie?“

Christian Felber erörterte in seinem Vortrag zunächst die Notwendigkeit einer Neuorientierung der Wirtschaft, da das gegenwärtige System nicht honoriere, ob Unternehmen gemeinwohlorientiert oder gemeinwohlschädlich wirtschafteten. Der Glaube, dass es eine unsichtbare Hand des Marktes gäbe, die diesen lenke, habe sich als ebenso falsch herausgestellt, wie die Annahme, dass ein in diesem Sinne liberalisierter Markt nicht trotzdem ein durch verschiedenste Regulationen und Gesetze gestaltetes Konstrukt sei. Dieses gelte es, als aufgeklärter Bürger, bewusster zu gestalten. So sei bei Aristoteles noch unterschieden worden zwischen der auf die Mehrung des Wohls der Gemeinschaft zielenden Oikonomia und der nur auf den Gelderwerb ausgerichteten, „widernatürlichen“ Chrematistike. Wo in dieser das Geld noch als Mittel zum Zweck betrachtet wurde, war in jener das Mittel zum Zweck geworden.

Ausgehend von der Beobachtung, dass es den demokratisch legitimierten Regierungen nicht mehr gelänge, eine dem Bürgerwillen entsprechende Gestaltung von Finanz- und Wirtschaftssystem zu verwirklichen, entwickelte Felber im zweiten Teil seines Vortrages den Entwurf einer Souveränen Demokratie als einer Reform des politischen Systems. Wichtigste Neuerung wäre dabei die Einsetzung des Volkes als konstitutiver Kraft, die in Form von Bürgerkonventen eine Neugestaltung der Verfassung erarbeite.

Im letzten Teil des Vortrags erprobte Felber diese Idee in Interaktion mit dem Publikum am Beispiel eines Geldkonvents, der eine Neuregelung der wichtigsten Fragen des Geldsystems vornahm. Dabei widmete er sich den Fragen der Größengrenzen von Banken sowie deren Profitorientierung und abschließend der Regulation der Kreditvergabe unter Perspektive des Gemeinwohls.

7. Prof. Dr. Reinhard Loske: Geldgipfel II: Gibt es Fortschritte auf dem Weg zur sozial-ökologischen Geldwende?

„Und so selbstverständlich wie heute viele Menschen fragen, wo kommt eigentlich meine Energie her und wie wird die erzeugt, oder wo kommen eigentlich meine Nahrungsmittel her und wie werden die erzeugt, müssten wir es erreichen, auch durch Regulierung, dass die Banken in Zukunft darüber Auskunft geben können, was machst du eigentlich mit meinem Geld? Wo wird das wie wirksam?“

Reinhard Loske zog im ersten Teil seines Vortrags, rückblickend auf den Geldgipfel 2014, ein Resümee der Frage, ob es im Bereich der ökologischen Geldwende Fortschritte in der Entwicklung alternativer Geld- und Wirtschaftssysteme zu verzeichnen gäbe. Dazu konstatierte er zunächst, dass die Politik des billigen Geldes und des Nullzinses gescheitert

sei und die konventionelle Geldpolitik gewissermaßen „mit ihrem Latein am Ende“ sei. In Reaktion auf diese Erkenntnis gehe es nun vielmehr darum, sich in einer Postwachstumsgesellschaft einzurichten und die Resilienz gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Systeme gegen Wachstumsschwankungen zu stärken. Mit Blick auf die Konzepte des Bürgergeldes (bzw. des Grundeinkommens), des Vollgeldes und erfolgreicher Regionalwährungen wie des Bristol Pounds verzeichnete er eine vielversprechende Entwicklung im Bereich alternativer Währungsmodelle. Diesen bescheinigte er das Potential, zunehmend aus der Nische heraus politische Relevanz zu finden. Ähnliches gelte für das Modell der Postwachstumsökonomie, das nun an einem Punkt der Diskussion stehe, wo der Schritt aus der Expertendiskussion hinaus in die breite politische Debatte nötig sei.

Im zweiten Teil seines Vortrags widmete sich Loske der Frage, welche „Diffusionsmuster der Entwicklung von gesellschaftlich wünschenswerten Veränderungen aus der Nische heraus in den Mainstream“ beobachtet werden könnten. Hier kam er zu folgendem fünfstufigen Modell. Zu Beginn jeder Bewegung stehe der kritische Protest (1.) gegen als falsch empfundene gesellschaftliche Verhältnisse oder Praktiken, wie zum Beispiel im Falle der Energiewende in der BRD in den siebziger Jahren der Protest gegen Atomenergie und Kohleabbau. In der Folge seien es sogenannte First Mover (2.), die durch individuelle Initiative eine alternative Pionierpraxis entwickelten und dann nach und nach, mit Unterstützung von Handwerk und NGOs durch sogenannte Early Followers (3.) verstärkt würden. Der entscheidende Schritt dieser Prozesse der gesellschaftlichen Veränderung sei dann die Schaffung von förderlichen politischen Rahmenbedingungen (4.), wie im Beispiel der Energiewende das Energieeinspeisungsgesetz und das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Als letzten Schritt des Modells bezeichnet er den Übergang der veränderten Praxis in einen neuen Mainstream (5.). Loske betonte dabei, dass es in den gesellschaftlichen Bewegungen der Bundesrepublik nie nur um die „Hardware“ (Technologien), sondern immer auch um die „Software“, also um die durch eine bestimmte Praxis beförderte Organisation gesellschaftlicher

Verhältnisse ging. Im Beispiel der Energiewende ging es dabei um die Frage, ob die Energieversorgung in einem zentralistischen Atomstaat oder in dezentraler, partizipativer Bürgerenergie zu organisieren sei.

Im dritten Teil seines Vortrages ging Loske zusammenfassend auf verschiedene im Rahmen des Geldgipfels diskutierte Thesen ein. Im vierten Teil stellte er im Hinblick auf die zunehmenden Finanzierungsprobleme der Banken die These zur Diskussion, dass auch in Zukunft mit den entsprechenden, sinnvollen Banking- und Finanzdienstleistungen erfolgreich gewirtschaftet werden könne.

Workshops

Workshop 1: Plurale Ökonomik. Wie Studierende und Professor*innen Universitäten verändern

Referent*innen: Svenja Flechtner, Christoph Gran, Prof. Dr. Dr. Helge Peukert, Marieke Prusiecki, Hannes Bohne

Moderation: Annalena Hahn, Elena Ball (Studierende der UWH)

Bericht im Plenum von Elena Ball

Der sich über zwei Tage erstreckende Workshop zu Pluraler Ökonomik bot Raum für eine Auseinandersetzung mit dem aktuellen Stand der von Studierenden initiierten und Professor*innen unterstützten Bewegung sowie mit möglichen Weiterentwicklungen. Der Umgang mit einer Vielfalt von Theorien, Methoden und Werten ist immer wieder eine – anstrengende – Herausforderung. Das war auch im Workshop selbst zu bemerken, wenn es darum ging, dass kein ideologischer Schlagabtausch entstand, sondern alle Stimmen Gehör bekamen und ein Dialog, nicht nur eine Diskussion, entstehen konnte.

Am ersten Tag wurde das Netzwerk Plurale Ökonomik vorgestellt. Es besteht aus derzeit 25 Regionalgruppen und einer bundesweiten Organisationsstruktur, die wiederum in ein internationales Netzwerk (ISIPE) eingebunden ist. Seine Aktivitäten reichen von der Organisation von Ringvorlesungen und Tagungen, über die Veröffentlichung einer Studie zur Ausrichtung des Wirtschaftsstudiums an deutschen Universitäten, bis zur Erstellung von Videos und Textsammlungen zu Themen und Autor*innen, die in den Standardvorlesungen zur Volkswirtschaftslehre (VWL) meist untergehen. Zukünftig wäre es wünschenswert, dass auch in der schulischen und der Berufsausbildung mehr inhaltliche und methodische Vielfalt zu finden ist. Das Netzwerk möchte hier gerne Allianzen bilden, denn „die Schüler und Studierenden von heute sind die Lehrenden von morgen“. Entstanden ist das Netzwerk Plurale Ökonomik, da die Modelle, die in der VWL und BWL gelehrt werden und von zentraler Bedeutung sind, sehr oft realitätsfremd auf selbst gesetzten Annahmen ruhen. Eine Berücksichtigung von nicht in Geld entlohnter Arbeit/Care-Arbeit oder auch der endlichen planetarischen Grenzen sind Beispiele für notwendige Erweiterungen, wie sie von einem

Referenten in seiner „Theorie einer Makroökonomik in einer Wirtschaft ohne Wachstum“ genannt wurden.

Bereits bestehende Ansätze, die Lehre und Forschung zu Wirtschaftswissenschaften bunter, vielfältiger, eben pluraler zu gestalten, wurden von Studierenden und Lehrenden mehrerer Hochschulen vorgestellt. Die Geschichte wirtschaftswissenschaftlichen Denkens, das Lesen von Originaltexten neben der Arbeit mit Lehrbüchern, eine Reflexion über die Kontextgebundenheit auch wirtschaftlicher Wahrheiten, die Auseinandersetzung mit heterodoxen Ökonom*innen – all das lässt sich im Studium an der Alanus-Hochschule in Alfter, der Cusanus-Hochschule in Bernkastel, der Universität Witten/Herdecke und der Universität Siegen finden. Nachdem das Netzwerk einige Jahre vor allem aus drei Personen bestand, hat in der letzten Zeit die Bewegung für eine Plurale Ökonomik an Fahrt und Breite gewonnen. Ideen für die zukünftige Arbeit reichen von der Erstellung eines deutschsprachigen Lehrbuches über eine engere Verknüpfung plural arbeitender Universitäten bis zur Einrichtung von Online-Lehrgängen.

Da „der Pluralismus auch den Mainstream umfasst“ ist es wichtig, einerseits bestehende unterschiedliche Meinungen wahrzunehmen, sich aber andererseits auch über Gemeinsamkeiten zu verständigen. Im Workshop war ein solcher gemeinsamer Nenner die Auffassung von Wirtschaft als Zweck – nicht als Mittel – für ein gutes Leben, das auch die Bedürfnisse nicht-menschlicher Lebensformen berücksichtigt. Wenn über die konkreten Strategien zur Erlangung dieses Ziels keine Einigkeit herrscht, ist genau das Plurale Ökonomik.

Workshop 2: Vollgeld. Warum dieses Modell derzeit den Diskurs bestimmt

Referent*innen: Prof. em. Dr. Joseph Huber, Thomas Jorberg, Dr. Julia Köhn, Manuel Klein

Moderation: Mareike Bärmann, Julian Grah (Studierende der UWH)

Bericht von Julian Grah

Neben dem großen Interesse und einer beachtlichen Teilnehmer*innenzahl des Workshops, fanden sich unter den Diskutanten vielfältige Meinungen zum Thema „Vollgeld“. Zum Auftakt stellten Joseph Huber, Thomas Jorberg, Julia Köhn und Manuel Klein ihre Positionen zur Idee des Vollgeldes vor. Mit Joseph Huber und Manuel Klein waren zwei ausgewiesene Experten des Vollgeldimpulses anwesend, die die grundlegenden Gedanken der Monetative als „vierte Gewalt“ skizzierten. Die durch Geschäftsbanken mittels der Kreditvergabe stattfindende Geldschöpfung, soll nach dem Vollgeldkonzept vollständig in den Verantwortungsbereich der Zentralbanken gelegt werden, um „dem Finanzmarkt den Treibstoff zu entziehen“. Das auf Einlagen und Kreditvergabe aufbauende Geschäftsmodell moderner Banken müsste in einer solchen, stark zentralbankgesteuerten, Geldpolitik neu definiert werden – eine Herausforderung, die auch die GLS Bank vor große Hürden stellen würde.

Einig in der Wahrnehmung eines „aus dem Gleichgewicht geratenen Geldsystems“, aber gleichzeitig kritisch gegenüber der Vollgeldidee äußerte sich Julia Köhn. Sie plädierte für eine Deregulierung des Bankensektors, damit Banken

die volle Verantwortung für die eingegangenen Risiken übernehmen. Nach Köhn ist es für eine Restrukturierung des Finanzmarktes unerlässlich, die Verknüpfung zwischen Staat und Großbanken zu lösen. Die Solidarität der Gesellschaft mit Großbanken müsse enden und im Falle möglicher zukünftiger Finanzkrisen dürften vermeintlich „systemrelevante“ Banken nicht durch die Gesellschaft vor der Pleite gerettet werden. Hierin könne sich die Selbstregulierungsfähigkeit des Marktes zeigen. Nicht deutlich wurde jedoch, wie private Einlagen im Falle einer zukünftig ebenso möglichen Bankeninsolvenz abgesichert werden sollen.

Die Förderung und Deregulierung realwirtschaftlich und gesellschaftlich ausgerichteter Banken stand für Thomas Jorberg im Vordergrund. Nur mittels einer freilassenderen Politik könne die Position der Banken als Finanzintermediär gesellschaftlich relevant und spürbar gestärkt werden.

Workshop 3: Qualitätsjournalismus. Wie das Internet Journalismus, Wissen, Urteilsfähigkeit und Demokratie verändert

Referent*innen: David Schraven, Alexej Hock, Dr. Maren Urner

Moderation: Jytte von Salis-Soglio und Frederike Ronnefeldt (Studierende der UWH)

Bericht von Jytte von Salis-Soglio und Frederike Ronnefeldt

Der zweitägige Workshop zum Thema Qualitätsjournalismus beschäftigte sich mit den vielseitigen Herausforderungen, vor denen sich der Journalismus aktuell sieht und versuchte, Lösungsansätze aufzuzeigen. Es wurde hier unmittelbar deutlich, dass die Frage nach qualitativem Journalismus als Voraussetzung und Grundlage einer Demokratie auch Geldgipfelthema sein muss, weil sie unmittelbar mit der Frage des Geschäftsmodells und damit der Finanzierung von Qualität zusammenhängt.

Den ersten Workshoptag eröffnete David Schraven, Gründer von CORRECTIV, zusammen mit Alexej Hock, dem Gründer der Twitterseite Straßengezwitscher. CORRECTIV versteht sich als gemeinnütziges Recherchezentrum für investigativen Journalismus und aufklärenden Journalismus. Es betreibt umfangreiche Recherchen für alle Verlage und Sender in Deutschland, um sie für diese bezahlbar zu machen. Sie arbeiten dabei unabhängig, werbefrei und nicht-gewinnorientiert. Dieses Konzept ist vor allem als Antwort auf die Medienkrise zu verstehen, von der die Lokalpresse am schwersten betroffen ist. Durch das Schwinden der Lokalberichterstattung in den Kommunen und einen verlagerten Nachrichtenkonsum, weg von Zeitungen und Nachrichtensendern, hin zu sozialen Medien und Blogs, sieht Schraven die Integration der Gesellschaft gefährdet. Im Lokalen – dort, wo Gesellschaft am unmittelbarsten erlebbar werde – falle mit schwindender Berichterstattung eine Marktplatzfunktion weg und damit ein Austausch über die verschiedenen Bevölkerungsgruppen hinweg. Um dem entgegenzuwirken, engagiert sich CORRECTIV mit Schulungen an Universitäten und Weiterbildungsstätten, um investigative Methoden weiterzugeben. Ein weiteres Beispiel lieferte Alexej Hock, der mit seiner Twitterseite „Straßengezwitscher“ in Dresden über die rechte Szene berichtet, besonders in PEGIDA-Hochzeiten im vergangenen Jahr ein Vakuum der Presse füllte und mit

einem dezentralen Ansatz eine wichtige öffentliche Informationsaufgabe wahrgenommen hat, die keine Zeitung und kein öffentlich-rechtlicher Rundfunk oder TV-Sender in dieser Breite leisten konnte.

Am zweiten Workshoptag stellte Maren Urner, Neurowissenschaftlerin und Journalistin, das Konzept von Perspective Daily vor, einem Onlinemedium für konstruktiven Journalismus, das sie 2015 mitgründete. Mit seinem lösungsorientierten Ansatz vermittelt Perspective Daily eine eher psychologische Sichtweise auf die aktuelle Situation des Journalismus, welche den Leser und Zuhörer in den Vordergrund stellt. Zusammenhanglose Einzelberichterstattungen und meist negative Nachrichten verursachen bei Leser*innen ein unrealistisches Weltbild und das Phänomen der „gelernten Hilflosigkeit“: Wer täglich erfährt, dass er selbst nichts verändern kann, der versucht dies bald schon nicht mehr. In klarer Abgrenzung zu einem Journalismus, der nur über „Gutes“ berichten will, ist das Team von Perspective Daily davon überzeugt, dass jede Nachricht konstruktiv aufgearbeitet werden kann. Mit einem umfangreichen Beitrag pro Tag soll neben den gewohnten W-Fragen immer auch die Frage gestellt werden: „Wie kann es weitergehen?“

CORRECT!V und Perspective Daily zeigen unterschiedliche Lösungsansätze für die aktuelle Situation des Journalismus. Die Workshops warfen Fragen auf, die in Zukunft von wesentlicher Bedeutung sein werden: Welchen Einfluss hat die Krise der Medien auf die Gesellschaft? Welche Finanzierungsmodelle der Medien sind zukunftsweisend? Was zeichnet Qualitätsjournalismus aus? Und wie lässt sich eine konstruktive Haltung im Journalismus vorstellen? Wie lässt sich Zynismus im Journalismus überwinden? Deutlich wurde, dass anstatt „der einen Lösung“ unterschiedliche Ansätze je vielversprechende Beiträge zur Erhaltung und Förderung von qualitativem Journalismus sein können.

Workshop 4: Eigentum verpflichtet. Rechts- und Unternehmensformen, die Eigentum verpflichten.

ReferentInnen: Monika Wirth, Armin Steuernagel, Dr. Till Wagner

Moderation: Sophie Löhlein, Lukas Stolz (Studierende der UWH)

Bericht von Lukas Stolz

Eigentlich sollte Eigentum verpflichten, tut es oft aber nicht. Und so werden neben Nahrungsmitteln und Rohstoffen auch Grund und Boden, Immobilien und Unternehmen zu Spekulationsobjekten. Daran verdienen wenige sehr viel und viele zahlen den Preis. In dem Workshop „Eigentum verpflichtet“ ging es nicht nur um die Folgen dieser Spekulation und um eine Analyse des zugrundeliegenden Eigentumsbegriffs, sondern auch um konkrete Möglichkeiten, Eigentum neu zu denken: Es wurde diskutiert, inwiefern Treuhand-Eigentum an Unternehmen und das Erbbaurecht für Boden und Immobilien als Rechtsformen eine Gemeinwohl-orientierte Nutzung ermöglichen und gewährleisten.

Till Wagner von GTREU und Armin Steuernagel von der Purpose AG erläuterten wie die zunehmende Entkopplung von Eigentümer*innen und Management verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln erschwert und

treuhänderisches Eigentum sinnvoll macht. Fremdbestimmung durch Kapitalinteressen führt dazu, dass Unternehmen nicht mehr ihrem eigentlichen Zweck dienen, sondern die Profitvermehrung zum Unternehmenszweck wird – auf Kosten von Mitarbeiter*innen, Kund*innen und damit letztlich der Gesellschaft. Was ist vor diesem Hintergrund Treuhandeigentum und welche Möglichkeiten bietet es, gesellschaftlich verantwortungsvolles Unternehmertum zu fördern? Treuhandeigentum ist der Versuch, Eigentum und Unternehmertum zu koppeln, um so eine langfristige Selbstbestimmung von Unternehmen zu gewährleisten. Um das zu erreichen, werden bestimmte Inhaberrechte beschränkt: So können Unternehmen in Treuhandeigentum nicht ohne weiteres verkauft werden und Gewinne müssen in das Unternehmen reinvestiert werden. Dabei bleiben die eigentlichen unternehmerischen Freiheiten jedoch erhalten. Die für diesen Schritt erforderliche Auffächerung des Eigentumsbegriffs in unterschiedliche Aspekte ist nicht neu. Wie Till Wagner und Armin Steuernagel mit einem Hinweis auf die Theorie der Verfügungsrechte erläuterten, handelt es sich bei Eigentum um einen komplexen Begriff, der sich aus unterschiedlichen Rechtsbereichen zusammensetzt.

Genau wie Unternehmen sind auch Grund und Boden einer immer größeren Renditeerwartung ausgesetzt. Monika Wirth, aktiv in der Edith Maryon Stiftung und der erfolgreich durchgesetzten „Neuen Bodeninitiative Basel“ berichtete, wie in Basel neben den hohen Bodenpreisen auch Zersiedelung und Gentrifizierung Teil des Problems sind, welches die Bodeninitiative angeht. Die Idee ist einfach: Wie auch beim Treuhandeigentum soll durch eine rechtliche Konstruktion die Veräußerung von Grund und Boden eingeschränkt werden. Ganz konkret setzte die Bodeninitiative durch, dass die Stadt Basel städtisches Land nicht mehr verkaufen darf, sondern stattdessen mit dem Erbbaurecht langfristig verpachtet. Dabei kann der Erbbaurechtsgeber, in diesem Fall die Stadt Basel, Einfluss auf den Zweck der Nutzung nehmen. Entscheidungen über die Nutzung von Boden sind damit nicht wie beim Verkauf endgültig aus der Hand gegeben, sondern prinzipiell revidierbar. Neben einer Zunahme an demokratischer Kontrolle über Grund und Boden, werden über die Erbbaurechtsverträge auch langfristige Einnahmen durch einen Zins gewährleistet. Wie kritische Nachfragen aus dem Publikum deutlich machten, ist beim Erbbaurecht zentral, welche Instanzen nach welchen Kriterien über die Vergabe des Bodens entscheiden. Bei der Finanzierung für Immobilienprojekte, die in diesem Rahmen entstehen, achte man besonders auf die Projektverantwortlichen und ihre Ideen, so Cornelia Roeckl von der GLS Bank. Im Gespräch mit den Teilnehmer*innen des Workshops wurde deutlich, dass oft die mangelnde Bekanntheit des Erbbaurechtes das größte Hindernis sei. Noch seien viel zu wenig Kommunen und Banken mit dieser Rechtsform vertraut.

Workshop 5: EPAs. Wie Europas TTIPs afrikanische Länder abhängig machen und unsere Interessen sichern

Referent*innen: Dr. Boniface Mabanza, Nora Bauer

Moderation: Julian Römer, Juliane Schell (Studierende der UWH)

Bericht von Julian Römer

Im Anschluss an Nora Bauers Plenarvortrag über die Ziele und Konsequenzen der European Partnership Agreements (kurz EPAs), konnten im nachfolgenden Workshop nochmals vertiefend die Hintergründe beleuchtet werden. Zuerst berichtete Dr. Boniface Mabanza (Koordinator der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika, Heidelberg) über Begründungen und Verhandlungsführung der Delegierten und ihre Interessen. Nora Bauer (freie Journalistin) fügte anschließend Ergänzungen hinzu. Der zweite Teil des Workshops wurde für eine lebhaft Diskussions genutzt.

Die EPAs zielen darauf ab, den Handel zwischen den sogenannten AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) und der Europäischen Union durch Abbau von Handelshemmnissen zu stärken. Es wurde klar, dass die Begründungen und Interessen der verschiedenen Partner der EPAs mitunter diametral zu den Auswirkungen stehen. So wird von der europäischen Seite von einem „humanitären Projekt“ gesprochen, welches dem Prinzip „Aid for Trade“ folgend, durch Bezuschussung von Infrastrukturprogrammen, Abbau von Im- und Exportzöllen und einer besseren Integration auf dem Weltmarkt zu höheren Lebensstandards in den betreffenden Ländern führen solle. Allerdings sollen mit den EPAs nicht nur Einfuhr, sondern auch Ausfuhrzölle abgeschafft werden. Ausfuhrzölle hatten in rohstoffexportierenden Ländern Anreize für die Verarbeitung der Rohstoffe im Inland gegeben. Mit dem Export dieser Rohstoffe werden jedoch auch Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie „exportiert“. Ebenfalls Anlass zu Kritik geben die vorgesehenen Meistbegünstigungsklauseln, welche den afrikanischen Ländern vorschreiben, alle weiteren Handelsverträge mit Dritten vorher von der EU genehmigen lassen zu müssen.

Als wirkliche Ziele der EU wurden, neben dem Zugang zu weiteren Märkten, auch geopolitische Vorteile und Einflüsse identifiziert und nicht zuletzt der Zugriff europäischer Firmen auf die Rohstoffe der afrikanischen Länder. Die Auswirkungen eines solchen Freihandels können schon vielerorts beobachtet werden: Wo bisher hauptsächlich regionale Landwirtschaft die Bevölkerung versorgt hat, wird dies nun von hoch subventionierter europäischer Landwirtschaft getätigt. Konkurrenz führt hier nicht zur Belebung des Marktes, wie gebetsmühlenartig versprochen wird, sondern zu Verdrängung und Vernichtung der Anbieter auf den heimischen Märkten.

Als Fazit des Workshops und auf die Frage, ob es denn besser sei, alle Handelsbeziehungen zu kappen, konnte festgestellt werden, dass Handel durchaus stattfinden darf, nicht jedoch als primäre Form der Wirtschaftstätigkeit. Weiterhin konnte festgehalten werden, dass es kein Verbrechen ist, Interessen zu haben und diese zu verfolgen, jedoch sollten sie klar benannt werden und nicht unter dem „Deckmantel der humanitären Hilfe“ versteckt werden. Von den

europäischen Unterhändlern ist nicht zu erwarten, dass sie im Interesse der Menschen in Afrika handeln. Dies sollten sie jedoch auch offen zugeben.

Workshop 6: Divestment. Worauf wir vor Ort wie Einfluss nehmen können

Referentin: Silvia Kreibiehl

Moderation: Mareike Bärmann, Götz Hilber (Studierende der UWH)

Bericht von Götz Hilber

Frau Silvia Kreibiehl, Leiterin des UNEP Collaborating Centre for Climate and Sustainable Energy Finance der Frankfurt School, hatte eine Präsentation zum Thema Divestment vor allen Konferenzteilnehmer*innen des Geldgipfels gehalten. Die Divestment-Bewegung fordert von Finanzdienstleistern, Gelder aus umweltschädlichen, sozial unverträglichen und ethisch unvertretbaren Investitionen abzuziehen.

Die Leitlinien des Workshops haben sich entlang zweier wesentlicher Aspekte des Themenfelds entwickelt. Erstens ist Transparenz ein Thema, das es zu stärken gilt und zweitens stellt sich die Frage der Reallokation – mit anderen Worten, wohin das freigewordene Geld reinvestiert werden soll. Darüber hinaus haben die interdisziplinären Workshopteilnehmer*innen von ihren vielfältigen Praxiserfahrungen berichtet.

Was die Transparenz betrifft, so scheint es deutliche Divergenzen bei Finanzdienstleistern unterschiedlicher Länder zu geben. Deutsche Stiftungen, insbesondere Umweltstiftungen, seien zurückhaltend mit dem Thema Divestment, da sie ein Reputationsrisiko fürchten. Allerdings wurde auch die Meinung vertreten, dass die Transparenzkriterien von Finanzdienstleistern in Deutschland gar nicht so schlecht adressiert seien. Weiterhin wurde darauf hingewiesen, dass das Transparenzproblem ein klassisches Regulationsthema ist, da es sich insbesondere um Informationsasymmetrien handelt (zwischen Kunden und Investoren). Hier ist also die Politik gefragt, da sie durch eine Informationspflicht der Unternehmen Informationsasymmetrien zwischen Finanzdienstleistern und Kunden abbauen helfen kann.

Der zweite wesentliche Diskussionspunkt adressierte die Frage, wo das Divestment reinvestiert werden kann und soll. Divestment sei kein Automatismus um Geld in beispielsweise Erneuerbare Investitionszwecke umzuleiten. Die Frage, was mit den verkauften Anteilen eines Divestments geschehe, sei oft ungeklärt und zugleich wurde bemerkt, dass insbesondere viele Entwicklungs- und Schwellenländer einen hohen Investitionsbedarf in z.B. Stromnetze haben.

Workshop 7 Gemeinwohl-Ökonomie und Gemeinwohl-Bilanz. Wie Unternehmen bilanzieren können, ob sie zukunftsfähig sind

Referenten: Christian Felber und Paul Mackay

Moderation: Julian Grah und Juliane Schell (Studierende der UWH)

Bericht von Juliane Schell

Am Sonntagmorgen haben wir uns im Workshop 7 „Gemeinwohl-Ökonomie und Gemeinwohl Bilanz. Wie Unternehmen bilanzieren können, ob sie zukunftsfähig sind“ mit praktikablen Wegen zur Etablierung einer neuen Wirtschaftsordnung auseinandergesetzt. Ausgangspunkt war die Feststellung, dass Geld nicht der Zweck, sondern das Mittel zum Zweck ist. Dieses Mittel wird klassischer Weise in der Kapital- und Zahlungsbilanz festgehalten, doch wie kann es gelingen, den Zweck, das Ziel angemessen zu erfassen und abzubilden? Auf diese Frage antwortet die Gemeinwohl-Bilanz, die von Christian Felber detailliert vorgestellt wurde: Das Ziel der Gemeinwohl-Ökonomie ist ein Wirtschaften und ein gesellschaftliches Miteinander, das sich auf die Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit und demokratische Mitbestimmung und Transparenz gründet. All diese Aspekte werden in der Gemeinwohl-Bilanz erfasst und Wirtschaften so anders bewertet. Die Gemeinwohlabilanz schafft damit Anreize, dass ethisches Verhalten im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontext belohnt werden kann.

Die Gemeinwohl-Bilanz wird damit wegweisend für eine Transformation der Wirtschaftsordnung auf verschiedenen Ebenen. Einerseits bedarf die Gemeinwohl-Ökonomie der Zusammenarbeit von unternehmerischer Praxis, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. So wird beispielsweise geprüft inwiefern es für Großkonzerne möglich ist eine Gemeinwohl-Bilanz zu erstellen. Auf der anderen Seite ermöglicht die Struktur der Gemeinwohl-Bilanz bereits ein klares Anreizsystem, bei dem gilt: Je besser die Gemeinwohlabilanz, desto größer werden die Vorteile für Unternehmen und Verbraucher.

Im zweiten Teil des Workshops brachte Paul Mackay, Verwaltungsratspräsident der Weleda AG und Vorstand des Goetheanum, seine Überlegungen zur Gemeinwohl-Bilanz aus unternehmerischer Perspektive ein. Er fragte danach, inwiefern durch das System der Gemeinwohl-Bilanz eine Art zweite Währung entstehe und weshalb es nicht möglich sei, diese Wertigkeiten mit unserem jetzigen Währungssystem abzubilden. Sind denn unsere heutigen Preise wertlos? Wie würde es aussehen, wenn wir eines Tages eine „Gemeinwohl-Währung“ hätten?

Abschließend wurde von Christian Felber konstatiert, dass die größte Herausforderung der Gemeinwohلبewegung die Umsetzung der Gemeinwohlobkonomie darstelle. Dies sei unmittelbar mit der Frage nach Souveränität verknüpft: Wie werden Gesetzgebungsprozesse gemeinwohlorientiert im Gegensatz zu kapitalorientiert, wie es heute strukturell durch den Lobbyismus der Fall ist? Bemerkenswert ist, dass die

Gemeinwohlökonomie neben der unternehmerischen Praxis langsam aber sicher auch Eingang in die politische Sphäre findet - beispielsweise wurde sie im neuen schwarz-grünen Koalitionsvertrag Baden-Württembergs festgehalten.

Workshop 8: Blockchain Technologie, Bitcoins, Ethereum u.a. System, Chancen Risiken und Legitimation einer revolutionären Technologie

Referent*innen: Sanika Hufeland, Dr. Jutta Steiner

Moderation: Jonas Friedrich, Julian Römer (Studierende der UWH)

Bericht von Jonas Friedrich

In dem Workshop „Blockchain-Technologie“ wurden in einem ersten Teil Bitcoin und Blockchain in ihrer technischen Dimension von Sanika Hufeland (Institute for Social Banking, Conscious FinTech Meetups Berlin) und Jutta Steiner (Ethereum, Provenance, Ethcore) vorgestellt, um dann Anwendungsfelder der neuartigen Technologien kennenzulernen. Im abschließenden Teil des Workshops kamen Teilnehmer untereinander und mit den Referentinnen ins Gespräch und erste kontroverse Ideen zum gesellschaftlichen Potential der Blockchain-Technologie, besonders im sozialen Banken-Sektor, wurden diskutiert.

Zunächst wurde die Blockchain-Technologie von Kryptowährungen, wie zum Beispiel Bitcoin, abgegrenzt. Die Blockchain-Technologie stellt dabei das technische Medium für Kryptowährungen und viele weitere Einsatzfelder dar. Besonders wiesen die Referentinnen darauf hin, dass eine zentrale Frage in der Diskussion rund um Blockchain die Konfiguration von sinnvollen „Governance-Strukturen“ - dem Rahmen, in welchem wir die Technologie verwenden wollen - liegt. Kryptowährungen könnten beispielsweise nur zugänglich sein, wenn an die Adresse ein Inhaber gekoppelt wird. Doch wollen wir eine solche Transparenz, die potentiell jedem Interessierten erlaubt, individuelle Transaktionen zu verfolgen? Briefkästen in Panama könnten dann jedoch sofort abmontiert werden.

Eine Studentin stellte am Ende der Diskussion eine spannende Behauptung auf: „In 20 Jahren werden Zahlungen nur noch über Kryptowährungen abgewickelt. Wir würden unter dieser Hypothese vielleicht gut daran tun, uns nicht darüber zu unterhalten, ob diese digitale, weltweit frei verfügbare Technologie kommt oder nicht, sondern lieber der Frage nachgehen, welchen Rahmen wir ihr geben wollen. Vielleicht kann die GLS-Bank auch in diesem Feld pionierhafte, nachhaltige Innovationen entwickeln?“